

# Silvio Gesell und die Freiwirtschaftslehre

---

Stefan Zenklusen

Verschiedentlich haben Anhänger der Freiwirtschaftslehre Silvio Gesells (bzw. der «Natürlichen Wirtschaftsordnung»), die sich häufig «Freiwirte» nennen, versucht, attac zu unterminieren oder sich der Bewegung zumindest anzunähern. Da das Programm und die Terminologie der Gesellianer vielfach reizvoll-antikapitalistisch wirken, ist es sinnvoll, sich über diese Strömung Klarheit zu verschaffen. Zwar ist sie alltagspolitisch zu vernachlässigen, doch sie verfügt über eine lange Geschichte und nicht zu unterschätzende Netzwerke.

## I) Historisches und Programmatisches

Vorbemerkung: Dieses Kapitel stützt sich im wesentlichen auf die Übersicht "Die NWO-Bewegung Silvio Gesells", die selber der Freiwirtschaftslehre wohlwollend gegenübersteht.

Nach seiner Auswanderung nach Argentinien betreibt der deutsche Kaufmann Silvio Gesell (1862-1930) erfolgreich eine Kartonagefabrik. Die dortige Wirtschaftskrise von 1890 ist der Auslöser für intensive Überlegungen, die in den ersten Schriften "Über die Reformation des Münzwesens" und Nervus Rerum versammelt sind. Darin vertritt Gesell u. a. folgende sozialutopische Forderungen:

- Beseitigung des Zwischenhandels, des Zinssystems und der Spekulation
- Beseitigung der Finanzkrisen
- gleicher Anspruch aller auf Grund und Boden
- Einführung eines stabilen Geldwerts
- Verschwinden von Börsen, Banken und Hypothekenanstalten
- Kostenloser Schulunterricht und unentgeltliche Krankenpflege

Leitende Idee dabei ist die sogenannte «rostende Banknote». Sie soll das Privileg des Geldes unterminieren, unverderblich und hortbar zu sein. Der Geldbesitzer lässt sich für die «Freilassung» des Geldes vom Produzenten eine besondere Vergütung zahlen: den Zins. Dieser bewirkt eine Entstellung des Marktes und vergrößert die Anfälligkeit für Wirtschaftskrisen. Die rostende Banknote würde als Schwundgeld, das einer regelmässigen Entwertung unterläge, diese Disfunktionalität

aufheben. Zur Reform des Geldwesens müsste sich diejenige des Bodenmonopols hinzugesellen.

In den zehner Jahren arbeitet Gesell mit verschiedenen Vereinigungen und Figuren an, die konzeptuell ähnlich stehen und ihre Sichtweisen mit den seinigen verschmelzen. So fraternisiert er mit Georg Blumenthal, dem von Proudhon und Henry George herkommenden Gründer des Vereins für physiokratische Politik. Auch nähert er sich Paulus Klüpfel an, der 1915 den Freiland-Freigeld-Bund in Berlin-Steglitz gründet. In der Schweiz lernt Gesell den Lebensreformer Werner Zimmermann kennen, der 1934 die Selbsthilfe-Initiative Wirtschaftsring (WIR) ins Leben rufen sollte. Unter den Gründern des Schweizer Freiland Freigeld-Bund befinden sich der Arzt und Mathematiker Theophil Christen, der Vizedirektor des Eidgenössischen Versicherungsamtes Fritz Trefzer und der Direktor des Berner Oberseminars Ernst Schneider. Der SFB erhält an den Legislativen von 1922 1% der Stimmen. Langjähriges Mitglied der Bundes ist auch der Architekt Hans Bernoulli.

1916 erscheint Gesells meistgelesenes Buch „Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld“. Wichtigste Punkte:

- Ersetzen des bisherigen Geldes durch Schwundgeld
- jährliche Entwertung des Schwundgeldes um 5%
- Auf Banken längerfristig deponiertes Spargeld wird von der Abwertung verschont.
- daraus folgend: Ankurbelung der Wirtschaft und Sparanreiz
- Beseitigung des «arbeitslosen Einkommens»
- Recht auf den vollen Arbeitsertrag
- Beseitigung der Vorrechte, die den Wettbewerb verfälschen
- Aufhebung des Landbesitzes und Verstaatlichung des Bodens
- Verpachtung von Grundstücken an den Meistbietenden
- menschliche Auslese im Kampf ums Dasein basiert einzig auf Arbeitsleistung – Beseitigung des «Minderwertigen» durch «Hochzucht»
- Pachtzahlung erfolgt an den Staat und wird an die Mütter nach Anzahl ihrer Kinder verteilt.

Im März 1919 wird Gesell auf Vorschlag Gustav Landauers, der sich 1910 für Freigeld in sozialistischen Siedlungen ausgesprochen hatte, zum Volksbeauftragten für Finanzen in der bayerischen Räterepublik bestellt. Gesell nimmt sich vor, in Bayern eine auf Freigeld basierende Währung einzuführen, durch die «der Kapitalismus restlos beseitigt und am

Wiederererstehen mit absoluter Sicherheit verhindert» werde. Gesell wird allerdings bald von den Kommunisten verdrängt. Die Freiland-Freigeld-Bewegung erhält während der Inflation Zulauf und vereinigt sich zum Freiwirtschaftsbund, für dessen Politisierung sich Gesell stark einsetzt. An den Reichstagswahlen vom Mai 1924 erhält der Bund nur rund 1% der Stimmen, was zu einer Spaltung in einen (eher bürgerlich-) freiwirtschaftlichen und einen physiokratischen Flügel führt. Gesell tritt in der Folge letzterem bei, lehnt aber die allgemeine Bodenenteignung als bolschewistisch ab.

1926 formiert sich innerhalb der Physiokraten ein "Proletarischer Block", der die Gesellsche Lehre als Weiterentwicklung und Aufhebung von Marx und Lenin betrachtet. Auf der anderen Seite der Physiokraten agieren die "Fregosten" (Freien Egoisten), die sich durchwegs auf Max Stirner stützen. Zugleich existiert eine national-völkische Richtung unter der Führung Paul Hasses, die ihre Feinde in Freimaurtum, dem Judentum und der katholischen Kirche erblickt. Daraus geht 1929 der Deutsche Bund für krisenlose Volkswirtschaft hervor. All diesen NWO- (Natürliche Wirtschaftsordnung) Strömungen ist die Gesellsche Lehre in ihren Grundzügen und das Verständnis des Kapitalismus als Zinswirtschaft gemeinsam. Im allgemeinen wird auch die Auffassung geteilt, dass der Privatunternehmer keinen Mehrwert herauspresse – er wird neben den Arbeiter gestellt. In die zwanziger Jahre fällt auch die zunehmende internationale Ausbreitung der NWO-Bewegung, die jedoch meist unter der Federführung von Deutschstämmigen vonstatten geht.

1932, zwei Jahre nach Gesells Tod, leitet die Tiroler Gemeinde Wörgl (an deren Spitze ein sozialdemokratischer Bürgermeister steht) ein Experiment mit Schwundgeld ein. Der auf 12% jährlich festgesetzte Schwund der "Arbeitsscheine" muss vom jeweiligen Besitzer am Monatsende durch eine mit Gebühr belastete aufzuklebende Marke ausgeglichen werden. Die bankrotte Gemeinde finanziert mit diesem Notschein einige Beschäftigungsmassnahmen und zahlt die Arbeiter mit Schwundgeld aus. Obwohl sich die Gemeindefinanzen (aus einsehbaren Gründen) erholte, lässt die lokale und zeitliche Beschränkung des Experiments kaum zwingende Schlüsse zu. Aus Sorge um ihre Geldhoheit untersagt die Österreichische Nationalbank noch im selben Jahr die Weiterführung des Versuchs.

Die drohende Machtübernahme der Nazis ruft unterschiedliche Reaktionen innerhalb der NWO-Fraktionen hervor. Der Hoffnung auf die Beendigung der "Zins- und Geldknechtschaft" steht die Angst vor einem zentralistischen Polizeistaat gegenüber. Dass Nationalsozialismus und Freiwirtschaft zusammenkommen sollten, hofft schon früh der prominente NWO-Vertreter Hans Timm.

Nach Hitlers Machtübernahme bietet der Freiwirtschaftsbund "in einmütiger Geschlossenheit der nationalen Regierung zur Lösung ihrer sozialen Aufgaben»" seine Hilfe an. Viele Möglichkeiten hierzu sollten sich

freilich nicht bieten: 1934 wird der FWB verboten. In den weiterhin tolerierten freiwirtschaftlichen Postillen werden die Stirnerianer nun stark unter Beschuss genommen. Federführend ist namentlich Otto Lautenbach, für den mit Adolf Hitlers Bewegung die neue Zeit marschiert: "Der neuen Zeit wird die neue Form gegeben. Anstelle des parlamentarisch-liberalistischen Systems tritt die universalistische (sic!) Zeit der Bindung." Zur Schaffung einer freiwirtschaftlich-natürlichen Ordnung innerhalb des Nazismus gilt es für Lautenbach u. a. folgende Punkte festzuhalten:

- Die irdische Existenz ist weder räumlich noch zeitlich zu überschätzen.
- Freiwirte haben die Sinnlosigkeit der Existenz aufzuheben und die Umwertung aller Werte zu vollbringen (hier zeigt sich der starke Einfluss Nietzsches).
- Die Freiheit des Einzelnen und der Gemeinschaft muss in Einklang mit den Gesetzen der Natur bleiben.
- In Zeiten des Umbruchs braucht es eine starke (Staats-)Macht.
- Durch die nationalsozialistische Revolution ist die Freiheit des kompromisslosen Handelns gegeben und muss als Verpflichtung der Geschichte gegenüber genutzt werden.
- Durch die Neuordnung des Bodenrechts im Sinne Gesells ist aus dem Land ein «Mutter- und Kinderland» zu machen. Ebenso ist eine Freigeld-Festwährung einzuführen.
- Freigeld und Freiland müssen im Rahmen einer Herrschaft der "Edlen" eingeführt werden.

In der (Deutschen) Schweiz erlebt die NWO-Bewegung in den dreissiger Jahren eine Blüte. Die fieberhafte Vortragsaktivität des Freiwirtschaftsbundes stösst auf Resonanz: Selbst in kleinen Dörfern sind nicht selten 100, in grösseren Städten 500 Zuhörer anwesend. Ein Programm des SFB von 1933 legt folgende Punkte fest:

- Schutz vor Ausbeutung
- Recht auf vollen Arbeitsertrag
- gesichertes Auskommen durch Arbeit
- Schutz vor wirtschaftlichen Folgen von Krankheit und Not
- Möglichkeit der Weiterbildung
- Recht auf Eigenheim und Land
- gesicherte Altersversorgung

-Sicherung von Besitz und Ersparnissen

Bei den Berner Kantonalratswahlen entfallen auf die freiwirtschaftliche Liste von Fritz Schwarz 4,9%, im Wahlkreis Interlaken erhält Werner Zimmermann 6,8% der Stimmen. Der protestantische Pfarrer Hans Konrad Sonderegger zieht gar in den Nationalrat ein. Ab der Mitte der dreissiger Jahre ist wieder Stagnation zu verzeichnen. Sonderegger engagiert sich für ein Arrangement mit den Achsenmächten, was ihm innerhalb des SFB einigen Ärger beschert.

Lautenbach präsentiert sich im Nachkriegsdeutschland als Widerstandskämpfer. Er stellt sich auf die neuen Gegebenheiten um und profiliert sich vor allem als entschlossener Antietatist. So vertritt er folgende Thesen:

-Der stetig wachsende Anteil des Staates am Sozialprodukt hat den Kapitalisten an die zweite Stelle verwiesen.

-Der Zins hat seine beherrschende Funktion eingebüsst, da die Realverzinsung weit niedriger als in den Zeiten des Hochliberalismus ist.

-Die Macht des Geldbesitzes ist erheblich geschwächt. Sie kann nicht mehr die Rolle spielen, die sie im Liberalkapitalismus innehatte.

Lautenbach lässt mithin das Gesellsche Zinsgesetz in den Hintergrund und die Renaissance der marktwirtschaftlichen Ordnung in den Vordergrund treten. Im 1946 gegründeten Freiwirtschaftsbund übernimmt er gleich wieder das Zepter. Der lange eher diskret agierende Richard Batz gründet 1946 die Radikal-Soziale Freiheitspartei, die die Nachfolge der einstigen physiokratischen Kampfbünde antreten soll. Bekannt geworden ist seine Charakterisierung des Nationalsozialismus als eines "Finanzskandals".

Erstmals geraten Gesellsche Dogmen ins Kreuzfeuer der Kritik. So geift der in der sowjetischen Besatzungszone lebende Hans Strung die Freilandtheorie scharf an. Die Abgabe des Landes an den Meistbietenden müsse einen mörderischen Konkurrenzkampf mit den Alteingesessenen nach sich ziehen. In den späten vierziger Jahren nimmt der FWB Kontakt mit der neoliberalen Schule Walter Euckens auf. Ludwig Erhard, selbst ein Anhänger Euckens, gewährt der FWB-Zeitschrift Blätter der Freiheit ein Interview. Es folgt eine enge Zusammenarbeit. In der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktschaft wird gemeinsam vorgegangen. Wilhelm Röpke, eines der unzähligen prominenten Mitglieder der Aktionsgemeinschaft, will «gegen die Gefahr des Jakobinismus einen Damm von Einrichtungen bauen». Die Godesberger Erklärung, die die Arbeitsgemeinschaft 1952 unter Leitung Lautenbachs redigiert, findet ein gewaltiges öffentliches Echo.

1948 wird in Basel die Internationale Freiwirtschaftliche Union gegründet. Sie verzeichnet aber wegen der verstrittenen deutschen Fraktionen nur einen mässigen Erfolg. Der SFB wandelt sich 1946 zur

Liberalsozialistischen Partei der Schweiz. Angestrebt wird eine Kommunalisierung des Bodens, umstürzlerische Tendenzen aber werden klar verworfen. Die Kaufkraft-Initiative von 1949, die eine inflationäre Abwertung des Frankens verhindern soll, erleidet Schiffbruch. Auch die beiden 1947 errungenen Nationalratsmandate gehen verloren. Mit Fritz Schwarz verstirbt 1958 das prominenteste Mitglied. In Deutschland steigt die Freisoziale Union auf den jugendbewegten Zug auf. Auf dem Parteitag von 1968 wird die Ablehnung jeglichen Militärs zur Aufnahme in die Satzung empfohlen und abgelehnt. Der gesamte Landesverband Niedersachsens steht jedoch hinter dem Antrag. An der Bundestagswahl tritt man mit der ökologischen Parole «Das Mass ist voll!» an. Ökologische Desaster werden als Folge der falschen Geldwirtschaft gesehen. In der gesamten BRD erhält die Union nur etwas mehr als 10'000 Stimmen. In den siebziger Jahren nehmen Mitglieder der FSU an den Protesten gegen den Bau weiterer Atomkraftwerke teil. Vereinzelt sind auch feministische Positionen zu vernehmen: Erst die FSU werde den Müttern den vollen Arbeitsertrag gewährleisten. 1984 nimmt die FSU in ihrer Zeitschrift „Der Dritte Weg“ zur Lage der deutschen Nation Stellung: "Damals verbündeten sich die West-Alliierten im Namen der Demokratie ausgerechnet mit dem zaristischen Russland gegen das relativ demokratische kaiserliche Deutschland, (...) zwangen es zur Anerkennung der Alleinschuld am Kriege, verstümmelten es durch Abtrennung rein deutscher Siedlungsgebiete (...). Britische Zeitungen erklärten bereits 1933 Hitler den Krieg." 1967 ist das Gründungsjahr der Liberal-Sozialen Partei in Bonn. Sie rechnet sich zur ausserparlamentarischen Opposition und lehnt den Vietnamkrieg ab. Zu den Kommunalwahlen in Niedersachsen 1968 gibt sie eine Empfehlung für die FDP ab. 1984 formiert sich innerhalb der Grünen Partei eine freiwirtschaftliche Fraktion. Tristan Abromeit, äusserlich ein Alternativer, gerät unter Faschismusverdacht, weil er dem Nazismus zugesteht, anfänglich auch positive Impulse vertreten zu haben. Als Vertreter des Dritten Weges nennt Abromeit in einer Broschüre Röpke, Rudolf Bahro und Yoshito Otani. Abromeit setzt sich gegen Subventionen und für chancengleichen Wettbewerb ein. Staatliche Lernziele seien abzuschaffen und Bildungsgänge nach dem 18. Altersjahr privat zu finanzieren. Als Sprecher der Freiwirte bei den Grünen tritt in der Folge Georg Otto in den Vordergrund. Er fordert die Besteuerung hoher Einkommen. Der Geldstreik des Kapitals sei durch einen Negativzins zu unterbinden. Otto schlägt die Bildung dreier Entwicklungsfonds vor:

- Die Gemeinschaftshilfe Ost zur Sanierung der neuen Bundesländer
- den Fonds "Dritte Welt" zur Entschuldung und zinsfreien Finanzierung von Drittweltländern
- den Fonds zur kapitalismus- und kommunismusfreien Entwicklung Osteuropas

Eine Aussenseitererscheinung ist Otto Schönbeck, der seine Visionen im

1974 erscheinenden Buch „Grünes Land“ niederschreibt. Mit seiner Publikation bricht für Schönbeck ein Zeitalter der geistigen Revolution an, die den Weg zu einer schöpferisch-dynamischen Gemeinschaft bahne. Das alte Geld weicht dem "dynamischen". Krankenkassen etwa werden in "Gesundheitskassen" umgewandelt, die erst unterstützen, wenn der persönliche Kontostand zur Heilung nicht genügt. Für seine «göttliche Volkswirtschaftsordnung» wirbt Schönbeck 1980 auch bei den iranischen Mullahs, muss aber nach einigen Wochen ohne Ergebnis abziehen. Einen gewissen Bekanntheitsgrad erlangt die Architektin und Ingenieurin Margrit Kennedy. In Geld ohne Zinsen und Inflation schlägt sie nebst einer Geld- und Bodenreform auch eine Steuerreform vor:

-Besteuerung der Produkte statt der Einkommen

-spezielle Besteuerung der ökologischen Kosten jedes Produkts zur Förderung umweltfreundlicher Produkte

Kennedy geht davon aus, dass Frauen mehrheitlich intuitiv fühlten, dass mit dem Geldsystem etwas nicht stimmt, und rechnet alle lebendigen Systeme zur "Frauenwelt". Sowohl Kapitalismus wie Kommunismus sieht sie als Unrechtssysteme an, die die Kolonialsysteme in der Dritten Welt eingeführt haben.

Der gelernte Ökonom Werner Onken ist Herausgeber der Gesammelten Werke Silvio Gesells und betrachtet die Freiwirtschaft als Heilsbewegung, der mächtige spirituelle Kräfte zuströmen können. Wirtschaftstheoretisch vertritt er eher eine pragmatische Linie, die Raiffeisengenossenschaften lobend und den Erfolg des Wörgl-Experiments in Zweifel ziehend. Ideengeschichtlich diagnostiziert er den in konservativ-zivilisationskritischen Kreisen üblichen Dualismus: einer mechanistisch-technokratischen Strömung, die mit Descartes anhebt und deren soziale Vorform patriarchalisch gewesen sei, steht eine "harmonikale" gegenüber, mit den Repräsentanten Pythagoras, Platon, Leibniz, Kepler und Gesell. Ein engagiertes Mitglied der Schweizer Liberalsozialistischen Partei ist Bruno Jehle, der mit Matina Hämmerli ab 1983 eine Volksklinik in Indien einrichtet und unterstützt. Von 1991 an versuchen die beiden, in diesem Projekt mit dem sogenannten Bonussystem vorzugehen: Aus der Ablehnung der konventionellen finanziellen Hilfe an Drittweltländer heraus wird das gespendete Geld in eine Schuld umgewandelt, die durch Arbeitsleistung abgetragen wird. 1983 lehnt der Parteivorstand der LSP die Namensänderung der Partei knapp ab. Der Ausdruck "sozialistisch" war vielen Mitgliedern schon lange ein Dorn im Auge. Die Umwandlung geschieht dann 1990 in Zürich, wo die Umbenennung in Internationale Vereinigung für Natürliche Wirtschaftsordnung (INWO) und die Modernisierung der Bewegung beschlossen wird. Die INWO, die eine Zeitschrift namens evolution vertreibt, geht auf sympathisierende Distanz zu den Patentrezepten Gesells. Allerdings bestand die INWO auf internationaler Ebene bereits seit 1978. Werner Rosenberger, seit den fünfziger Jahren Freiwirt, erhebt als massgeblicher Mitstreiter der INWO u.

a. folgende Forderungen:

- Einschränkung der Rolle des Staates auf das Wesentliche
- umweltschonende Nutzung der Lebensgrundlagen, z. B. durch Förderung des ökologischen Landbaus
- Schaffung eines neutralen Geldes mit Weitergabezwang (Umlaufgebühr)
- Verzicht auf Zinszahlungen bis zum Jahr 2000 seitens der Dritten Welt

## **II) Eine verkürzte Kapitalismuskritik**

Aus marxianischer Sicht liest sich die Gesellsche Lehre und das Meiste, was in ihrem Kielwasser NWO-Adepten vorlegten, als verkürzte Kapitalismuskritik. Grundsätzlich gibt es bei Gesell auf der einen Seite Waren und auf der anderen ein isoliertes, anthropologisch konstantes Individuum (letzteres dokumentieren die Rückgriffe auf das Robinson-Erklärungsschema). Ware und Warenproduktion sind das unverrückbar Gegebene, dem sich der Rest zu fügen hat, ohne dass sie innerkapitalistisch reflektiert würden. Nur so ist folgende Behauptung möglich: "Lohn, das ist der Preis, den der Käufer (Unternehmer, Kaufmann, Fabrikant) für die ihm vom Erzeuger (Arbeiter) gelieferten Waren zahlt (...). Die ganze Volkswirtschaft löst sich so in einzelne Tauschgeschäfte auf, und alle meine Begriffe: "Lohn", "Wert", "Arbeit" enthüllen sich als vollkommen zwecklose Umschreibungen der beiden Begriffe "Ware" und "Tausch"."

Das Produktionsverhältnis erscheint bei Gesell offensichtlich als naturgegeben, einzig das zinstragende Finanzkapital als Störfaktor. Er wünscht sich einen Kapitalismus mit einer vorkapitalistischen Zirkulationssphäre, als liesse sich diese einfach "straflos" isolieren und ummodellieren. Doch beides ist unmöglich klinisch voneinander zu trennen: "Anders mit dem Kapital. Seine historischen Existenzbedingungen sind durchaus nicht da mit der Waren- und Geldzirkulation. Es entsteht nur, wo der Besitzer von Produktions- und Lebensmitteln den freien Arbeiter als Verkäufer seiner Arbeitskraft auf dem Markt vorfindet (...). Das Kapital kündigt daher von vornherein eine Epoche des gesellschaftlichen Produktionsprozesses an."

Gesells Individuen treten als Freie und Gleiche auf, wobei kein Unterschied zwischen Eigentum an Produktionsmitteln und Eigentum an eigener Arbeitskraft gemacht wird. Das harmonische Verhältnis des Äquivalententauschs wird nun durch das Dazwischentreten des Zinses gestört, der die widernatürliche Zweiteilung des Volkes in "Rentner" und "Lasttiere" bewirke. Als harmoniezersetzende Kapitalisten gelten in diesem Modell ausschliesslich die Geldbesitzer, welche mit "Geldstreik" und Wucher die Unternehmer und Arbeiter um ihren Arbeitsertrag bringen. Die Widersprüchlichkeit des Konzepts zeigt sich nirgends so klar wie bei der Verpachtung des Freilandes, das grundsätzlich allen offenstehen soll und



doch dem Meistbietenden übergeben wird.

Wirtschaftstheoretisch geht Gesell davon aus, dass das Problem des Werts nicht besteht und nur von Preisen gesprochen werden könne, die man "haarscharf messen" könne. Diese geldtheoretische Abkürzung ist die Basis für die Gesellsche Regression auf den unmittelbaren Produktentausch, der in der marxianischen Terminologie "einfache Warenproduktion" heisst: Gesell setzt "natürliche Wirtschaftsordnung" und vorkapitalistischen Produktentausch in Verbindung mit kapitalistischer Produktion ineins und schliesst auf die Möglichkeit eines Geldes, das blosser Tauschvermittler wäre. Die Produkte sollen als Waren in abstrakter Arbeit hergestellt, aber nicht als Waren verkauft werden.

Weil der Mensch bei ihm immer schon als Warenproduzent, als Unternehmer oder Lohnarbeiter bestimmt ist, muss sich Gesell bei der Erklärung von Krisen am alleinigen Finanzkapital festkrallen. Der kapitalismushäufige Mehrwertabwurfzwang, der Selbstzweckcharakter von "Arbeit", die (gerade ökologisch) destruktive Logik der betriebswirtschaftlichen Rationalität werden keiner Kritik unterzogen, sondern vor dem angeblich entscheidenden Hintergrund der Verteilungsgerechtigkeit gesehen. Doch bewusste destruktive Logik ist keineswegs eine Folge der "Zinsknechtschaft". Zins gab es schon lange bevor die kapitalistische "Verwertung des Werts" mit seiner flächendeckenden gesellschaftlichen Reproduktion sich durchsetzte. Jener hat diesen aber auch nicht hervorgebracht. Die verallgemeinerte Warenproduktion ist bedingt durch den (subjektlosen) Zwang, Mehrwert zu produzieren und nur sekundär auf Einkommensverteilung bezogen. Gesell aber, der den Zins mit dem Mehrwert gleichsetzt, will ein marktwirtschaftliches System ohne jenen aufrechterhalten. Gesell erhebt die Formdifferenz des zinstragenden Kreditkapitals zum "operierenden", real betriebswirtschaftlichen Geldkapital zur absoluten und postuliert die klinische Abtrennung des ersteren. Da die Veräusserung des zinsheckenden Finanzierungskapitals und der Rückfluss mit hinzuaddiertem Zins zeitlich auseinanderfällt, ist der interne Zusammenhang mit dem realen Produktionsprozess nicht mehr sichtbar, und es entsteht die monokausale Schuldzuweisung, das Kreditkapital allein sei krisenverursachend.

Das Krisenverständnis der Gesellianer entspringt in erster Linie dem beschränkten common sense, der die Crux vorderhand im eigenen Portemonnaie wahrnimmt und deswegen auf den monetären Bereich generell extrapoliert. Doch die Tendenz des Kapitalismus, seine eigenen Grundlagen zu untergraben, entspringt meist nicht dem zinstragenden Kapital, sondern den Produktionsprozessen, die von den Gesellianern gerade affirmiert werden. Im Normalfall verdankt sich die zyklisch wiederkehrende "Krise" der Tatsache, dass die industriell generierten Gewinne nicht mehr rentabel (genug) in die Produktion reinvestiert werden können. Das Geld fliesst dann in den Finanz- und Kreditbereich und erzeugt langfristig eine spekulative Blase (Scheinakkumulation).

Deren Platzen löst das fiktive Kapital auf, das durch real erwirtschaftete Gewinne nicht mehr gedeckt war. Der «Geldstreik» ist mithin weniger die Ursache als das Ergebnis der Stockung der Warenproduktion, die mangels genug rentabler Reinvestition einsetzt – die industriell erwirtschafteten Gewinne selbst sind es, die in den Spekulationsüberbau fließen. – "Auf den ersten Blick stellt sich daher die ganze Krise nur als Kreditkrise und Geldkrise dar. (...) Das ganze System gewaltsamer Ausdehnung des Reproduktionsprozesses kann natürlich nicht dadurch kuriert werden, dass nun etwa eine Bank (...) in ihrem Papier allen Schwindlern das fehlende Kapital gibt (...). Die Erscheinung des Goldabflusses kommt dann an alle der Reihe nach, und zeigt eben durch ihre Allgemeinheit 1.), dass der Goldabfluss blosses Phänomen der Krise, nicht ihr Grund ist; 2.), dass die Reihenfolge, worin er bei den verschiedenen Nationen eintritt, nur anzeigt, wann die Reihe an sie gekommen, ihre Rechnung mit dem Himmel zu schliessen."

Höchst merkwürdig muten die Versuche von Neogesellianern an, die Freiwirtschaftslehre für ökologische Zielsetzungen zu nutzen. Denn gerade das von Gesell verherrlichte Konkurrenzprinzip ist es, die zu permanenten Kostensenkungen auf dem Buckel von Mensch und Natur nötigt. – "Die freie Konkurrenz aber ist die innere Selbststeuerung des Wirtschaftsbetriebs. Nur mit dieser Selbststeuerung läuft und kreist Arbeit und Tausch mit ständig ausgewogenem Gleichgewicht sicher und störungsfrei weiter." Der kapitalistische Wachstumszwang verschwindet nicht mit dem Zins, denn die Einheit und wechselseitige Vermittlung von Produktions- und Zirkulationssphäre, die Allgemeinheit von Arbeit, Ware und Geld verlangt als permante Überschussproduktion die Kostensenkungen auf dem Buckel von Mensch und Natur.

### **III) Eine politische Ökonomie des Antisemitismus?**

Die Aufspaltung der Volkswirtschaft in produktive und parasitäre Marktteilnehmer ist so alt wie die Kapitalismuskritik selber und bildet namentlich bei Proudhon ein zentrales Motiv ("oisifs" und "productifs"). Dass damit das antisemitische Stereotyp des jüdischen Banquiers, Financiers und Wucherers bedient werden kann, ist historisches Fakt und bedarf nicht einmal mehr des Nachweises der ideologischen und personellen Verflechtungen der Neogesellianer mit "ganzheitlich"-esoterisch-faschistischen Strömungen.

Dieser Zusammenhang ist in einem schweizerischen Kontext nicht ohne weiteres einsehbar. Zwar ist der Antisemitismus entgegen verharmlosender Verlautbarungen weit verbreitet, wie die Debatte um die Holocaustgelder zeigte, doch er verknüpft sich (zumindest national) nicht zwangsläufig mit dem Phantasma des jüdischen Finanzkapitals. Da die Banken und Versicherungen derart dominant und in der kollektiven Selbstwahrnehmung als gutschweizerisch gelten, würden sich Antisemiten bei einem Frontalangriff auf den finanzkapitalistischen Überbau von vornherein marginalisieren. Eine explizit antikapitalistische Rechte hatte

hierzulande nie eine Chance, auch wenn in Zeitschriften wie Rahms memopress, der Eidgenosse oder Schlüers Schweizerzeit manchmal ansatzweise in diese Richtung geschrieben wird. Zudem wurde die Schweiz früh industrialisiert und der landwirtschaftliche Sektor dezimiert (der staatsideologische Landigeist war nur eine ebenso lächerliche wie folkloristische Reaktion darauf), so dass die schwelende Renitenz des Bauernstandes mit der Integration des BGB gut absorbiert werden konnte.

Reduktionistische Kapitalismuskritik zeitigte in der Schweiz freilich in anderen Formen verheerende Folgen. In der 80er-Bewegung waren bereits diffuse, akommunikative und unreflektierte «antibürgerliche» und modernitätsfeindliche Haltungen sichtbar, die wenig untersucht wurden. Meines Erachtens bieten aber auf jeden Fall der rationalitätsfeindliche Ökologismus und essentialistische Feminismus, ein gewisser Antietatismus und die Verherrlichung lokaler Strukturen in der «Linken» der 80er und 90er gerade im Raum Zürich eine Teilerklärung für den widerstandslosen Durchmarsch von Rechtspopulismus und Ultraliberalismus.

Anders in Ländern wie Russland oder Deutschland. Die eher späte Industrialisierung und "Demokratisierung" und die lange anhaltende grosse Bedeutung des aristokratisch-militärischen Standes und der Landjunker schuf in Deutschland einen geeigneten Nährboden für eine regressive Kapitalismus- und Zivilisationskritik, die sich im Nazismus mit der infrastrukturell-industriellen und militärischen "Modernisierung" verschmolz. Robert Kurz ist zuzustimmen, wenn er Auschwitz nicht nur als blasse Extermination von Menschen, sondern auch als Scheinauflösung aller negativen Folgeerscheinungen des Kapitalismus sieht.

Selbstverständlich wäre es Nonsens, alle Anhänger der NWO-Bewegung des Antisemitismus zu bezichtigen. Richtig ist aber, dass sämtliche regressive und vordergründig antikapitalistische Strömungen zur Monokausalität und Komplexitätsreduktion in ihren Erklärungsmustern neigen. Wo die Rede von der Herrschaft des Kapitals auftaucht, muss übrigens keineswegs die Vorstellung eines eher interventionistischen Systems dahinterstecken, es kann im Gegenteil purer Marktradikalismus hervortreten. Unzählige Stellen bei Gesell könnten von konsequentesten Neoliberalen unterschrieben werden, so etwa: "Die Manchesterschule war auf dem richtigen Wege, und auch das, was man von Darwin her später in diese Lehre hineintrug, war richtig."

Es ist nur folgerichtig, wenn Bewegungen und Parteien, die das Wort "natürlich" gerne verwenden (Naturgesetzpartei etc.) keine Probleme haben mit der gnadenlosen Unterwerfung des Individuums unter die Marktlogik, solange der Umweltverschmutzung, dem staatlichen «Giesskannenprinzip» und der Überbevölkerung in der Dritten Welt Einhalt geboten wird. "Natürlich" geht es schliesslich auch in den Neogesellschen Austauschringen zu und her (die Schweiz ist eine Hochburg), wo Dienstleitungen nach Arbeitszeit (vermittelt durch eine Fantasiewährung) ausgetauscht werden, wogegen eigentlich nichts einzuwenden wäre. Nur:

Was machen in einem solchen System Alte und Kranke, die kaum etwas "anzubieten" haben? Auch Gesells Auffassung der Hochzucht ist höchst "modern" und liberalismuskompatibel, da sie nicht rassistisch oder kulturell bestimmt ist, sondern sich einzig auf die Arbeitsleistung stützt, also in gewisser Weise "universalistisch" ist. Die erwähnte spezifische Konstellation hat in Deutschland eine Linke auf den Plan gerufen, die sich "antideutsch" nennt. Ihre namhaftesten Organe sind konkret und Bahamas. Dort werden NROs wie attac, die sich Kapitalgewinnsteuern, Schuldenerlass, Verteidigung des service public etc. auf die Fahnen geschrieben haben, mitunter heftig attackiert. Sie werden der verkürzten Kapitalismuskritik bezichtigt, die darauf hinauslaufe, dass im Rahmen der Globalisierungs- und Neoliberalismuskritik ein Schulterschluss mit Rechtspopulisten und Rechtsextremen zwangsläufig stattfinden müsse. Die Kritik an den massgeblichen Institutionen der Weltwirtschaft und der Widerstand gegen den Abbau des öffentlichen Sektors wird nicht selten als Dämonisierung des internationalen Kapitals und Schürung nationalistischer Ressentiments gewertet.

Es ist unter den antideutschen Autoren qualitativ Unterschiedliches zu finden. Ihr theoretisches Niveau ist bisweilen lobenswert, und das Sensorium für antisemitische und nationalistische Tendenzen zu würdigen. Figuren wie Jürgen Elsässer haben (etwa zum Thema Jugoslawienkrieg) journalistisch Dankenswertes geleistet. Leider drückt bei den Antideutschen aber fast immer ein manichäisches Schema durch, in das die ganze Weltgeschichte gepresst wird. Einer zwar amokläuferischen, aber grundsätzlich liberalitätsthroughdrungenen und multikulturell-pragmatischen angelsächsischen Welt steht Deutschland gegenüber, dessen "postfaschistischer" Kapitalismus und Imperialismus ohne Unterlass von völkischen Dämonen heimgesucht wird. So teilte mir ein Bahamas-Redaktor per e-mail mit, angelsächsischer und deutscher Kapitalismus unterschieden sich "ums Ganze". Deshalb ist selbst deutsch gesungener Rap verdächtig, und Kultur- und Sprachkritik schnell einmal "anti-amerikanisch".

Besonders grotesk wird diese Sichtweise, wenn die deutschen Interessen mit denjenigen der EU generell ineingesetzt werden und auch Frankreich als Teil des übergreifenden Deutsch-EU-Projekts herauskommt. Das würde in letzter Konsequenz folgendes bedeuten: Dem immerhin nach Massgabe laizistisch-republikanischen französischen Gesellschaftsmodell ist das amerikanische mit seinem Kommunitarismus, der sozialdarwinistischen Geldjustiz und dem protestantischen Sektierertum und eventuell noch das australische, wo der immigrationspolitische Sozialdarwinismus sogar gesetzlich festgelegt ist, vorzuziehen. Vollends der Phantasie entspringen Aussagen, wie sie in "konkret" 11/2001 (p.14) stehen, wonach die besonders enge Kooperation der USA mit Grossbritannien im Afghanistan-Feldzug u. a. darauf zurückzuführen sei, dass der Ausdruck "Zivilisation" bei Schröder rassistisch konnotiert sei, bei Blair aber nicht. Auf Seite 12 der selben Ausgabe wird die politische Kultur und öffentliche Debatte im deutschsprachigen Raum als unterentwickelt bezeichnet und ernsthaft der

angelsächsischen negativ gegenübergestellt.

Es ist bedauerlich, dass die antideutsche Linke dazu neigt, just in die Falle zu tappen, vor der sie permanent zu warnen vorgibt, indem sie unablässig positive oder negative Eigenschaften in bestimmte Nationen oder Sprachgemeinschaften hineinprojiziert. Von einer anderen urdeutschen Krankheit aber zeugt die Pauschalkritik an NROs, nämlich der Übertragung deutscher Koordinaten auf den Rest der Welt.